



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Entwicklung der gemeinsamen Region Mitteldeutsches Revier - eine stärkere parlamentarisch-kooperative Zusammenarbeit auf der Ebene der Landtage Sachsen-Anhalt und Sachsen voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es zur Gewährleistung einer wirksamen parlamentarischen Begleitung und Kontrolle des Strukturwandelprozesses in der gemeinsamen Region Mitteldeutsches Revier sowohl eines abgestimmten Handelns als auch einer kooperativen Zusammenarbeit des Landtages von Sachsen-Anhalt mit dem Sächsischen Landtag bedarf, für die bisher keine Strukturen vorhanden sind.
2. Der Landtag spricht sich dafür aus, die erforderlichen organisatorischen und strukturellen Grundlagen für eine parlamentarisch-kooperative Zusammenarbeit des Landtages von Sachsen-Anhalt und des Sächsischen Landtages in den Angelegenheiten der Strukturentwicklung bzw. des Strukturwandels in der gemeinsamen Region zu schaffen.
3. Der Landtag bildet den Feststellungen in den Antragspunkten 1 und 2 folgend auf der Grundlage des § 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt (GO.LT) für die Dauer der 7. Wahlperiode einen zeitweiligen Ausschuss mit der Bezeichnung „Ausschuss für länderübergreifende Angelegenheiten der Strukturentwicklung“.
4. Für den zeitweiligen Ausschuss mit der Bezeichnung „Ausschuss für länderübergreifende Angelegenheiten der Strukturentwicklung“ gelten folgende Rahmenbestimmungen:

Der Ausschuss soll insbesondere für die länderübergreifenden Fragen und Gegenstände der Strukturentwicklung und des Strukturwandels sowie der unmittelbaren Beteiligung der im Mitteldeutschen Revier lebenden Menschen am Strukturwandelprozess, für die fachliche Beurteilung der Fortschritte im Rahmen der Strukturstärkung der Reviere, für die parlamentarische Kontrolle der Verwendung

(Ausgegeben am 01.07.2020)

der Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz des Bundes sowie für die Organisation und Wahrnehmung der parlamentarisch-kooperativen Zusammenarbeit in diesen Angelegenheiten mit dem jeweiligen Fachgremium des Landtages von Sachsen-Anhalt organisieren und wahrnehmen.

5. Für die Bildung, Zusammensetzung und Arbeitsweise des „Ausschusses für länderübergreifende Angelegenheiten der Strukturentwicklung“ finden die für die weiteren ständigen Ausschüsse des Landtages geltenden Vorgaben und Bestimmungen mit den folgenden Maßgaben unmittelbar Anwendung:
 - a) Der Ausschuss soll darauf hinwirken, dass zweimal im Jahr eine gemeinsame Beratung mit dem entsprechenden Fachgremium Sachsens mit wechselnden Beratungsorten in Sachsen-Anhalt und Sachsen in öffentlicher Beratung sachkundiger Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft stattfindet.
 - b) Der Ausschuss soll im Wege der Selbstbefassung auf eigene thematische Initiativen seiner Mitglieder sowie auf der Grundlage von an ihn überwiesenen parlamentarischen Initiativen oder an ihn von anderen Fachausschüssen überwiesenen Vorlagen tätig werden.
6. Der Landkreis Altenburger Land (Thüringen) wird über die Kooperation der beiden Landtage informiert und eine koordinierte Zusammenarbeit mit der Region im Mitteldeutschen Revier wird vorbereitet.

Begründung

Die Lage des Mitteldeutschen Braunkohlereviers über zwei Bundesländer hinweg mit jeweils unterschiedlichen politisch-föderalen und staatlich-administrativen Bedingungen führt zu besonderen Herausforderungen in der kooperativen Zusammenarbeit im Rahmen des begonnenen Strukturwandelprozesses in der Energiewirtschaft, die die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen zeitgleich bewältigen müssen.

Während sich die Staats- und Landesregierungen sowie die kommunale Ebene bereits in verschiedenen Formaten zum Strukturwandel regelmäßig austauschen, existiert eine ständige Zusammenarbeit der Landesparlamente Sachsen-Anhalts und Sachsens etwa im Bereich der Ausschüsse der Landtage, bisher nicht.

In Sachsen-Anhalt bündelt die Landesregierung ihre Aktivitäten in einer Stabsstelle bei der Staatskanzlei, während in der Region des Mitteldeutschen Reviers die Innovationsregion Mitteldeutschland federführend ist. Inzwischen wurde im Freistaat Sachsen zur Koordinierung seiner beiden vom Strukturwandel betroffenen Braunkohlereviere eine landeseigene Strukturentwicklungsgesellschaft „Sächsische Agentur für Strukturentwicklung GmbH“ (SAS) gebildet.

Im Mitteldeutschen Revier gilt es, die Kommunen in die Gestaltung des Strukturwandelprozesses aktiv einzubeziehen und die länderübergreifende Region gemeinsam zu entwickeln. Insbesondere nachhaltige Synergien eines abgestimmten bundesländerüberschreitenden Strukturwandelprozesses sind in der momentanen Situation fast

unmöglich. Vor diesem Hintergrund erscheint es umso zwingender, dass die Landesparlamente Sachsen-Anhalt und Sachsen als rechtsetzende Ebene zusätzliche institutionalisierte Koordinationsmöglichkeiten für eine gemeinsam mit den kommunalen Gebietskörperschaften, der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft abgestimmte regionale Entwicklung erschließen.

Aufgabe dieses Ausschusses soll es sein, insbesondere über länderübergreifende Fragen und Angelegenheiten, die im Rahmen der Strukturentwicklung und der Strukturstärkung des Mitteldeutschen Reviers zu beraten und zu entscheiden, die parlamentarische Kontrolle der Verwendung der Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz des Bundes sicherzustellen sowie die unmittelbare parlamentarisch-kooperative Zusammenarbeit in diesen Angelegenheiten mit dem entsprechenden Fachgremium des Sächsischen Landtages zu organisieren und dazu regelmäßige gemeinsame Beratungen durchzuführen.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender